BÜRGERSCHAFT
DER FREIEN UND HANSESTADT HAMBURG
22. Wahlperiode

Drucksache 22/17561
15.01.25

Antrag

der Abgeordneten Andreas Grutzeck, Silke Seif, Dennis Thering, Dr. Anke Frieling, Eckard Graage (CDU) und Fraktion

Betr.: Bessere Chancen für Obdachlose – Obdachlosigkeit überwinden helfen und nicht nur ineffizient verwalten

Bereits im Frühjahr 2023 wies die CDU-Fraktion den Senat daraufhin, dass sich die Zahl und die Zusammensetzung der Obdach- und Wohnungslosen in Hamburg seit der letzten Befragung im Frühjahr 2018 deutlich verändert habe. Um zielgruppengenau helfen zu können, aber auch um das Sicherheitsbedürfnis der Hamburger zu berücksichtigen, forderte die CDU-Fraktion daher eine erneute Befragung und Analyse der aktuellen Situation. Erst knapp ein Jahr später rang sich der Senat zu einer Befragung durch, aber nur einer ergänzenden, da der Bund bereits eine Befragung Anfang 2025 plante. Die Ergebnisse der Hamburger Befragung liegen ein weiteres Jahr später immer noch nicht vor, aber immerhin hat der Bund inzwischen seine Zahlen veröffentlicht. Ausgegangen wird demnach von rund 3.800 Obdachlosen, was gegenüber der letzten Erhebung mit rund 1.900 Obdachlosen einer Verdoppelung entspricht.

Zwei Drittel der Obdachlosen hätten keinen Anspruch auf Sozialleistungen in Deutschland kommentierte die Hamburger Sozialbehörde die Zahlen. Fachlich mag das absolut stimmen, aber das ändert nichts am Elend auf Hamburgs Straßen. Unbestritten finanziert der Senat trotzdem zahlreiche Hilfsangebote und bietet zusammen mit den vielfältigen Angeboten von Seiten der freien Träger und unzähliger Ehrenamtlicher unterschiedlichste Arten der Unterstützung an. Allerdings stimmt es nachdenklich, dass mehr Geld in Security als in medizinische Angebote fließt und die Abstimmung der Hilfen durchwachsen ist. Aus dem Krankenhaus entlassene Obdachlose, die von Ehrenamtlichen quer durch Hamburg gefahren werden, die aber keiner annehmen will, dominierten in letzter Zeit mehrfach die Schlagzeilen.

„Flickenteppich an Obdachlosenhilfen evaluieren, um Obdachlosigkeit nicht nur zu verwalten, sondern auch vermehrt zu überwinden“ forderte die CDU-Fraktion im Rahmen der Haushaltsberatungen im Dezember 2024. SPD und Grüne lehnten den Antrag allerdings ab und waren versucht − wie bereits im Frühjahr 2023 – die Augen vor den Entwicklungen auf Hamburgs Straßen zu verschließen. Zwar wurden im Detail im Jahr 2024 mit dem Social Hub und den Sozialraumläufern Maßnahmen ergriffen, aber gerade in der Szene der Obdachlosenhilfe stehen Kosten und Nutzen der Sozialraumläufer in der Kritik. Gleichzeitig ist die längst versprochene Neukonzeption der Straßensozialarbeit auf die lange Bank geschoben worden und auch der Ansatz in einer weiteren Einrichtung drogensüchtigen Obdachlosen zu helfen, wurde zwar mit dem Kauf des Gebäudes in der Repsoldstraße aufgegriffen, doch auch hier lassen Konzeption und Umsetzung ewig auf sich warten. Manchmal hat man den Eindruck, dass das Geld von Seiten des Senats schneller fließt als die Konzepte, was wiederum dafür sorgt, dass das Geld nicht da eingesetzt wird, wo es am meisten helfen würde.

Ohne Zweifel gibt es in der Obdachlosenhilfe keine einfachen Lösungen, doch vor allem gilt es, dass der Senat die Angebote klaren Zielen zu sortiert und mit Maßnahmen hinterlegt. Diese Maßnahmen wiederum müssen auch ständig überprüft werden, inwiefern sie die zugeschriebenen Ziele auch erreichen. Angesichts der vielen vulnerablen und auch beruflich nicht qualifizierten Obdachlosen in Hamburg wäre die

Annahme, man könnte Obdachlosigkeit schnell überwinden, blauäugig, allerdings gibt es auch Obdachlose, die im Falle einer besseren Sozial- und Wohnungspolitik des Senats wieder zurück in ein eigenes Zuhause finden könnten. Housing First ist ein guter Ansatz, aber angesichts der der gestiegenen Zahl von rund 3.800 Obdachlosen mit knapp über 30 Plätzen nur ein Anfang.

Die Bürgerschaft möge beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

1. zu definieren, welche konkreten Ziele er im Bereich der Obdachlosenhilfe mit jeweils welchen Maßnahmen erreichen will. Hier gilt es klar zu differenzieren zwischen Versorgung (Unterkunft, Essen oder Medizin), Pflege vulnerabler Obdachloser, Erfrierungsschutz, Beratung, Qualifizierung, Überwindung von Obdachlosigkeit und ähnlichem;
2. alle im Bereich der Obdachlosenhilfe finanzierten Maßnahmen mit Kosten und Personaleinsatz und Zahl der Nutzer aufzulisten und zu evaluieren, welche Ziele und Erfolge sie verzeichnen und welchen Zielen sie dienen;
3. zusammen mit den in der Obdachlosenhilfe engagierten Hilfsorganisationen eine bessere Koordination der Angebote für Obdachlose zu realisieren;
4. mehr Housing First und Wohnungen für vordringlich Wohnungssuchende zur Verfügung zu stellen;
5. die Erstattung bei Behandlung mittelloser Notfallpatienten nach § 25 SGB XII so niedrigschwellig zu gestalten, dass Krankenhäuser nicht infolge überbordender Bürokratie und nicht zu erfüllender Vorgaben vor Behandlungen zurückschrecken;
6. die Koordination der Angebote im Referat SI 31 „Öffentliche Unterbringung, niedrigschwellige Hilfen, Zuwanderung aus der EU“ zu verbessern und hier vor allem die Möglichkeiten der Erreichbarkeit der Angebote und die Kommunikation untereinander auf Arbeitsebene zu organisieren;
7. der Bürgerschaft bis zum 30. Juni 2025 Bericht zu erstatten.